

23./IV. 1917

625

„Erzwingung des Friedens nach einer gewissen Reihe von Monaten“.

Berlin, 21. April.

Das Wolffsche Bureau stellt gegenüber den Behauptungen der dänischen Zeitungen „Politiken“ und „Nationaltidende“, in Deutschland habe man geglaubt, daß England durch den uneingeschränkten U-Boot-Krieg innerhalb drei Wochen auf die Knie gezwungen sein würde, neuerlich fest, daß sich die deutsche Regierung weder je mit der Hoffnung einer so schnellen Niederzwingung Englands trug, noch Äußerungen in diesem Sinne von sich gab. Was Deutschland von der Erklärung des Sperrgebietes erwartete und noch erwartet, ist eine monatliche Verringerung der feindlichen und für feindliche Zwecke fahrenden Schiffsräume derart, daß nach einer gewissen Reihe von Monaten das Wirtschaftsleben unserer Feinde durch den Mangel an Schiffsräumen so geschädigt sind, daß sie zum Frieden gezwungen sind. Um vor falschen Schlüssen zu warnen, wurde besonders auch vom Anbeginn des uneingeschränkten U-Boot-Krieges immer wieder der in der neutralen Presse vielfach begegneten Auffassung entgegengetreten, daß es sich bei dieser Seekriegsmaßnahme um eine „Blockade“ handelte. Aus dem Wortlaut der deutschen Sperrgebietserklärung vom 31. Jänner 1917 geht bereits klar hervor, daß von einer hermetischen Abschließung Englands von der Außenwelt keine Rede sei und nicht erreicht werden konnte und sollte, daß jeglicher Verkehr mit den englischen Häfen absolut unterbunden würde. Daraus ergibt sich also für jeden Einsichtigen ohne weiteres, daß die Niederzwingung Englands in wenigen Wochen niemals erwartet wurde. Im übrigen haben wir nach den bisherigen Ergebnissen allen Grund, mit dem Erfolg des neuen U-Boot-Krieges, wie im Reichstag noch vor wenigen Wochen offiziell erklärt wurde, voll auf Frieden zu sein.